

Entwurf des Schulentwicklungsplans der Stadt Gummersbach 2010/2011 bis 2015/2016**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Top
16.09.2010	Schul- und Sportausschuss	3
06.10.2010	Schul- und Sportausschuss	
28.10.2010	Rat	

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Sportausschuss verweist den Entwurf des Schulentwicklungsplans 2010/2011 bis 2015/2016 der Stadt Gummersbach mit den vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen zur weiteren Beratung in die Fraktionen.

Begründung:

Der Schulentwicklungsplan für die Jahre 2010/2011 bis 2015/2016 wird in der Anlage vorgelegt. Der Plan wurde von der „Projektgruppe Bildung und Region“, Bonn, erstellt und in der Sitzung erläutert.

Erstmalig wurden die Daten unter Einbeziehung der Schulen der Ersatzschulträger im Stadtgebiet Gummersbach, der „Freien Christlichen Bekenntnisschulen“ und der „Walddorfschule Oberberg“ erhoben.

Somit bildet der SEP das gesamte Spektrum aller Gummersbacher Grund- und weiterführenden Schulen ab und stellt die bestehende Situation der Gummersbacher Schullandschaft dar. Darüber hinaus zeichnet er die mittelfristige Entwicklung der Schulen bis zum Schuljahr 2015/2016 auf und gibt einen Ausblick auf die mögliche Entwicklung bis zum Jahr 2024.

Für die Verwaltung der Stadt Gummersbach zeichnen sich im aktuellen Entwurf des SEP folgende Kernaussagen ab:

1. Bereich Grundschule

In den letzten 10 Jahren ging die Schülerzahl an den Gummersbacher Grundschulen durch Geburtenrückgänge von 2861 (2000/2001) auf 2212 (2009/2010) um ca. 650 Schüler zurück. Allerdings ist damit der Tiefpunkt dieser Entwicklung in den Grundschulen in etwa erreicht. Die Grundschülerzahl wird sich mittelfristig bis zum Jahr 2016 nicht mehr wesentlich verändern.

Aus Sicht der Verwaltung muss es jedoch zukünftig im Wesentlichen darauf ankommen, die Verteilung der Schüler weitgehend zu steuern, um sicher zu gehen, dass die Grundschulen entsprechend ihrer räumlichen Situation möglichst ausgelastet sind.

Nach Abschaffung der Schulbezirke 2008/2009 hat sich das Anmeldeverhalten der Eltern zunächst minimal aber im Schuljahr 2010/2011 erheblich verändert. In diesem Jahr hat sich die Problematik ergeben, dass gut ausgebaute dreizügige Grundschulen wie die Gemeinschaftsgrundschule Bernberg oder die GGS Steinenbrück einen kompletten Zug gemessen an den vorhandenen Schulanfängern im Einzugsgebiet an andere Schulen verloren haben, während z.B. an der GGS Körnerstraße mehr Schüler untergebracht werden mussten, als

es räumlich eigentlich vorgesehen ist. Dieser, aus Sicht der Verwaltung unausgewogene Entwicklung, muss gegengesteuert werden.

Die Verwaltung teilt die Auffassung der Projektgruppe Bildung und Region, die in Bezug auf die weitere Entwicklung des Grundschulsektors zu folgendem Ergebnis kommt: *„In der Grundschullandschaft stellen sich grundsätzlich Herausforderungen mit den Fragen der Eigenständigkeit von Schulen, der Zahl von Schulen, des Erhaltens von Standorten/Doppelstandorten. Das „Netz“ der Grundschulen sollte so eng wie möglich gehalten werden – gegebenenfalls um den Preis von Dependancen.“* (SEP, Seite 164)

Es bleibt abzuwarten, ob das 4. Schulrechtsänderungsgesetz, das durch die neue Landesregierung in den Landtag eingebracht wurde, und sich zur Zeit in der Beratung befindet, verabschiedet wird. Hierbei soll den Schulträgern zukünftig die Wahlmöglichkeit eröffnet werden, festgelegte Grundschulbezirke wieder einzuführen.

Dies kann, kombiniert mit einer Festschreibung von Zügigkeit der einzelnen Grundschulen, aus Sicht der Verwaltung ein geeignetes Mittel sein, die Grundschullandschaft im Sinne des Schulträgers und zum Nutzen der jeweiligen städtischen Region zu gestalten. Darüber hinaus sollten ebenfalls die einzelnen Standorte der Grundschulen unter dem Aspekt der Ausnutzung und Wirtschaftlichkeit untersucht werden.

Vor diesem Hintergrund muss entschieden werden, ob:

- evtl. schon zum Schuljahr 2011/2012 wieder Grundschulbezirke eingeführt werden,
- in Dieringhausen die kath. Grundschule aufgelöst wird und nur noch eine, der Zügigkeit entsprechende Grundschule eingerichtet wird.

2. Bereich der weiterführenden Schulen

Die Entwicklung, die sich in den Grundschulen bereits vollzogen hat, wird in den nächsten Jahren die Anmeldesituation der weiterführenden Schulen bestimmen. Insgesamt wird die mittlere Jahrgangsstärke der Sekundarstufe I (13 % bis 2015; 20 % bis 2021) und Sek. II (12 % bis 2015; 30 % bis 2024; vgl. SEP, Seite 58) noch deutlich zurückgehen.

Dies wird auf dem „Anmeldungsmarkt“ zu verschärften „Verteilungskämpfen“ führen.

Schon bei der Anmeldung zum laufenden Schuljahr 2010/2011 konnten bei den Realschulen und Gymnasien der Stadt Gummersbach bei räumlich vorhandenen 12 Zügen nur noch 10 Züge gebildet werden. Bei Belegung der Züge dieser Schulen mit einer durchschnittlichen Klassenstärke von 28 Schülern fehlen bereits heute 61 Schüler zur Bildung von 12 Zügen.

Für die städtische Hauptschule Strombach stellt der SEP ein dramatisches Ergebnis fest. Hiernach wird es der Hauptschule Strombach selbst unter Einbeziehung der Schülerrückläufe nach dem 7. Schuljahr nicht mehr gelingen, eine Zweizügigkeit herzustellen. Diese Zweizügigkeit ist aber sowohl rechtlich als auch inhaltlich dringend zur Weiterführung des eigenständigen Betriebes erforderlich. In seinen Prognosen geht der SEP für das Schuljahr 2015/2016 nur noch von 114 Schülern an der Hauptschule aus. (Vgl. SEP, Seite 131, 132)

Aus Sicht der Verwaltung kann der Betrieb der Hauptschule Strombach trotz großer Anstrengungen des Schulträgers in der Vergangenheit (Einführung der Ganztagschule mit entsprechenden Umbauinvestitionen) zukünftig nicht mehr sichergestellt werden. Da die Begründung hierfür im Wesentlichen nicht in der demographischen Entwicklung zu erkennen ist, sondern in der Ablehnung der Schulform durch die Eltern, kann nicht mehr von einer positiven Veränderung des vorliegenden Trends ausgegangen werden. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Schließung der Hauptschule Strombach unvermeidlich. Um Sicherheit für die Elternschaft und Klarheit für die Gummersbacher Schulen zu schaffen, muss entschieden werden, ob eine ersatzlose Schließung der Hauptschule Strombach erfolgen soll.

Auch bei der Gesamtschule Derschlag erkennt der SEP eine signifikante Problematik, hier allerdings beim Erreichen der Schulabschlüsse durch die Schüler in der Sek.II. Da durch den Rückgang der Schülerzahlen die Sicherstellung der einzelnen Bildungsabschlüsse in der

Gesamtschule immer schwieriger wird (bei der Anmeldung 2010/2011 gab es nur noch einen Anmeldeüberhang von 22 Schülern) empfiehlt der SEP die Verringerung der Zügigkeit der Gesamtschule von sechs auf dann fünf Züge. Dies würde die Möglichkeit erhöhen, das Leitungsspektrum der Schule wieder besser auszubilden. (Vgl. Seite 120, SEP) Hier stehen Entscheidungen mittelfristig an.

3. Pendlerbewegungen (Seite 90 ff., SEP)/Übergangsquoten(Seite 81 ff., SEP)

Die Anmeldesituation bei den weiterführenden Schulen in Gummersbach ist auch immer abhängig von einer positiven Pendlerbilanz, d.h., es kommen aus den Nachbarkommunen mehr Schüler in die Gummersbacher Schulen, als umgekehrt.

Obwohl sich die Bilanz zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf den ersten Blick immer noch positiv gestaltet, profitieren die städtischen Schulen hiervon jedoch nicht mehr. Der Bilanzüberschuss wird fast ausschließlich durch die „Freie Christliche Bekenntnisschule“ erzielt. Da außer in der Gemeinde Marienheide in den Gummersbacher Nachbarkommunen die Schullandschaft für die Eltern bezogen auf möglichst hochwertige Schulabschlüsse ebenfalls ausreichend breit gestaltet ist, geht die Verwaltung nicht davon aus, dass die Pendlerbilanz zukünftig deutlich verbessert werden kann. Ein hoher Zuwachs an Realschülern oder Gymnasiasten von außen ist auch deshalb nicht zu erwarten, da für die Eltern mittlerweile die Entfernung des Schulweges und die damit verbundene Fahrtkosten bei der Wahl der Schule ebenfalls von großer Bedeutung sind.

Die Jahrgangsstärken der weiterführenden Schulen in Gummersbach sind somit im Wesentlichen abhängig von den Übergängen aus den Gummersbacher Grundschulen. Hierbei fällt in der Vergangenheit immer wieder die Unbestimmtheit bei den Übergangsquoten von Schuljahr zu Schuljahr auf. Auffällig ist jedoch, dass sich die Übergangsquote hin zum Gymnasium in den letzten Jahren durchschnittlich deutlich unterhalb des Landesdurchschnittes bewegt. Über dem Durchschnitt liegt die Quote hin zu den Realschulen der Stadt.

Zur Sicherstellung des Betriebes zweier selbständiger Gymnasien erscheint jedoch die Landesdurchschnittsquote bei der Anmeldung absolut erforderlich. In Gesprächen mit den Schulleitungen sowohl der Grundschulen als auch der weiterführenden Schulen ist eine Analyse der aktuellen Anmeldesituation von wesentlicher Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Schullandschaft.

Zur positiven Gestaltung der Gummersbacher Schullandschaft ist aus Sicht der Verwaltung in den unterschiedlichen Bereichen kurz- bis mittelfristig ein gezieltes Eingreifen und Zielorientiertes Steuern von Nöten.

Kurzfristig müssen die Entscheidungen in den dargestellten Punkten zu den Grundschulen und über die Zukunft der Hauptschule getroffen werden.

Aber auch die Steuerung der Anmeldesituationen innerhalb des Stadtgebietes, zum Beispiel über die inhaltliche Auseinandersetzung über Übergangsquoten oder die Entwicklung der Pendlerbilanzen müssen weiter in den Focus des Schulträgers rücken. Hier müssen die bereits erfolgten Gespräche mit den Schulleitungen intensiviert werden.

Und nicht zuletzt sollte ebenfalls die Auseinandersetzung darüber geführt werden, wie Standorte qualitativ und wirtschaftlich gestärkt werden können.

Anlage/n:

Entwurf des Schulentwicklungsplans der Stadt Gummersbach 2010/2011 bis 2015/2016